

Die Zivilisierung von Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht zuletzt seit der Debatte um gezielte Tötungen in Afghanistan ein wichtiges Thema in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit.

Zugleich steht Europa vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die Sicherung von Energiequellen und -transporten nimmt an Bedeutung zu. Die Rollenverteilung zwischen den USA und Europa ist im Wandel begriffen: Es geht nicht mehr nur um die Abhängigkeit europäischer Streitkräfte von amerikanischer Unterstützung, sondern auch um den Abruf europäischer Kompetenzen und Kontingente seitens der USA – gerade auch im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung.

Was kann und muss EU-Sicherheitspolitik nach Lissabon leisten? Wie kann sie erfolgreich sein? Welches sind die Interessen, die europäische Sicherheitspolitik bestimmen (sollten)?

Wie sollen diese Interessen durchgesetzt werden? Muss ihre Durchsetzung primär intern oder extern, zivil oder militärisch erfolgen? Was ist wünschenswert, was ist praktikabel? Wo kann welcher Akteur was leisten? Ist Entwicklungshilfe mit Stahlhelm und Sturmgewehr möglich?

Nicht zuletzt müssen die Strukturen diskutiert werden, die der EU nach Lissabon zur Verfügung stehen, um ihre integrierte Sicherheitsstrategie umzusetzen. Weiterhin müssen sie damit verglichen werden, was nötig wäre, um effektive Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert zu gewährleisten. Hier geht es wiederum besonders um die praktische Arbeitsteilung zwischen zivilen und militärischen Akteuren.

Sie sind eingeladen, diese Themen mit Experten aus Wissenschaft, Politik, Militär und Friedensarbeit zu diskutieren!

Dr. Marcus Schaper, Tagungsleiter
Dr. Fritz Erich Anhelm, Akademiedirektor
Reiner Braun, Geschäftsführer der VDW
Prof. Dr. Ulrich Bartosch, Vorsitzender der VDW

TAGUNGSGEBÜHR:

160,- € für Übernachtung, Verpflegung, Kostenbeitrag; für Schüler/innen, Studierende (bis 30 Jahre), Grundwehr- und Zivildienstleistende sowie Arbeitslose Ermäßigung **nur gegen Bescheinigung** auf 80,- €. Eine Reduzierung der Tagungsgebühr für eine zeitweise Teilnahme ist nicht möglich.
Ein Drittel des Teilnehmerbeitrages wird als institutioneller Beitrag für die Evangelische Akademie Loccum erhoben.

ANMELDUNG:

Mit beiliegender Anmeldekarte an die **Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Str. 6, 31547 Rehburg-Loccum, Tel. 05766/81-0, Fax 05766/81-900**. Sollten Sie Ihre Anmeldung nicht aufrechterhalten können, teilen Sie uns das bitte umgehend mit. Bei einer Absage nach dem **23.02.2010** müssen wir 25% der Tagungsgebühr in Rechnung stellen. Falls Sie eine Bestätigung Ihrer Anmeldung wünschen, teilen Sie uns bitte auf der Anmeldekarte Ihre E-Mail-Adresse mit!

ÜBERWEISUNGEN:

Konto der Kirchlichen Verwaltungsstelle Loccum **unter Angabe des Tagungsdatums und Ihres Namens**: Evangelische Kreditgenossenschaft (BLZ 520 604 10) Kto.-Nr. 6050

TAGUNGSLEITUNG: Dr. Marcus Schaper, Tel. 05766 / 81-109

Marcus.Schaper@evlka.de

SEKRETARIAT: Karin Hahn, Tel. 05766 / 81-113

Karin.Hahn@evlka.de

PRESSEREFERAT: Reinhard Behnisch Tel. 05766 / 81-105

Reinhard.Behnisch@evlka.de

ANREISE:

Loccum liegt 50 km nordwestlich von Hannover am Steinhuder Meer zwischen Hannover, Minden und Nienburg. Auf Anfrage schicken wir Ihnen eine detaillierte Anreisebeschreibung (online unter: <http://www.loccum.de/akademie/anreise.html>).

ACHTUNG: Direkte Verbindung zur Akademie mit Zubringerbus am **26.02.2010** um **14.50 Uhr** ab Bahnhof Wunstorf, **Ausgang ZOB**. Am **28.02.2010** zurück; Ankunft Wunstorf 14.00 Uhr; Hin- u. Rückfahrt je 4,- € (im Bus zu entrichten!).
Bitte unbedingt anmelden, Plätze sind begrenzt!

FESTE ZEITEN IM HAUS:

8.30 UHR MORGENANDACHT, 8.45 UHR FRÜHSTÜCK,
12.30 UHR MITTAGESSEN, 18.30 UHR ABENDESSEN.

Die Akademie im Internet: <http://www.loccum.de>

Gefördert durch die
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Medienpartner
NDRInfo
www.ndrinfo.de



LOCCUM

EVANGELISCHE AKADEMIE

Schaf im Wolfspelz?

Europäische Sicherheitspolitik nach Lissabon

Tagung vom
26. – 28. Februar 2010

In Kooperation mit der

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

VDW VEREINIGUNG DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER E.V.

VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT

■ Freitag, 26. Februar 2010

- 14:50 **Zubringerbus** ab Bahnhof Wunstorf
Ausgang ZOB, Anmeldung erforderlich
- 15:30 Anreise der Teilnehmer/innen
zum Nachmittagskaffee
- 16:00 **Begrüßung und Eröffnung**
Dr. Marcus **Schaper**,
Evangelische Akademie Loccum
Dr. Henner **Ehringhaus**,
Aufsichtsratsvorsitzender der VDW,
Bochum

Praxis europäischer Sicherheitspolitik heute

- 16:15 **Friedensmissionen der EU**
Dr. Hans-Georg **Ehrhart**, Leiter,
Zentrum für Europäische Friedens- und
Sicherheitsstudien, IFSH, Hamburg
- Kollektive Außenpolitik?**
Dr. Matthias **Dembinski**, Hessische.
Stiftung Friedens- und Konfliktforschung,
Frankfurt
- Europäische Nachbarschaftspolitik,
Osteuropa und Russland**
Dr. Sebastian **Mayer**, Sonderforschungsbereich 597 "Staatlichkeit im Wandel",
Universität Bremen
- 18:30 Abendessen

Was will europäische Sicherheitspolitik?

- 19:30 **Deutsche Interessen und europäische
Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert**
Dr. Rolf **Mützenich**, MdB/SPD,
außenpolitischer Sprecher der Fraktion,
Köln
- Was ist das zentrale Motiv der
EU-Sicherheitspolitik?**
Elmar **Brok**, MdEP/CDU,
Mitglied im auswärtigen Ausschuss und
außenpolitischer Koordinator der EVP,
Bielefeld

■ Samstag, 27. Februar 2010

- 08:30 Morgenandacht, anschließend Frühstück

Mit welchen Strategien sollen europäische Interessen durchgesetzt werden?

- 09:30 **Zivil-militärische Koordination im
internationalen Krisenmanagement**
Brigadegeneral Armin **Staignis**, Leiter des
Arbeitsbereichs Militärpolitik, Ständige
Vertretung der Bundesrepublik Deutsch-
land bei der Europäischen Union, Brüssel
- Soft Power und Konfliktmediation
oder zivil-militärische Strategie?**
Philipp **Agathonos**, Erster Sekretär,
Ständige Vertretung Österreichs bei der
Europäischen Union, Brüssel

Welcher Strategiemix für welches Aufgabengebiet?

- 11:30 Parallele Arbeitsgruppen
- AG1: Migration – Europa und
der Mittelmeerraum**
Karl **Kopp**, Europareferent, Pro Asyl,
Frankfurt am Main
- AG2: Ressourcen – Europa und
die Welt**
Birte **Gäth**, Beraterin Zivile Konfliktbearbei-
tung, Brot für die Welt, Stuttgart
- Gesprächskreis 3: Terrorismus – Europa
und der Mittlere Osten**
- Gesprächskreis 4: Gewaltoffene Räume
– Europa und Afrika**
- 12:30 Mittagessen
- 13:15 Gelegenheit zur Besichtigung
des Zisterzienser-Klosters Loccum
(gestiftet 1163)
- 15:00 Nachmittagskaffee
- 15:30 Fortsetzung der Arbeitsgruppen

Wie können europäische Interessen durchgesetzt werden?

- 16:30 **Amerikanische Anforderungen
an Europa**
Dr. Josef **Braml**, Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik, Berlin
- 17:00 Podium mit **Arbeitsgruppenvertretern**
- 18:30 Abendessen
- 19:30 **Welche Strukturen haben wir,
welche Strukturen brauchen wir?**
Dr. Matthias **Dembinski**, HSFK
Roderich **Kiesewetter**, MdB/CDU,
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
und im Ausschuss für europäische
Angelegenheiten, Aalen

■ Sonntag, 28. Februar 2010

- 08:30 Morgenandacht, anschließend Frühstück

Was sind unsere Interessen in der Welt? Wie setzen wir sie durch?

- 09:30 **Wo liegen Konfliktlinien und
Handlungsbedarfe ...**
Dr. Bastian **Giegerich**, International Insti-
tute for Strategic Studies (IISS), London
- 10:00 **... und was muss deutsche Politik
leisten?**
Roderich **Kiesewetter**, MdB/CDU
Katja **Keul**, MdB/Bündnis 90/Grüne, Parl.
Geschäftsführerin der Fraktion, Mitglied
im Verteidigungsausschuss, Nienburg
Wolfgang **Gehrcke**, MdB/Die Linke,
außenpolitischer Sprecher der Fraktion,
Obmann im Auswärtigen Ausschuss,
Frankfurt am Main
Reiner **Braun**, Sprecher, Kooperation für
den Frieden, Geschäftsführer, Vereinigung
Deutscher Wissenschaftler, Berlin
- 12:30 Ende der Tagung mit dem Mittagessen
- 13:20 Abfahrt des Busses nach Wunstorf
(Ankunft ca. 14.00 Uhr)

Schaf im Wolfspelz?

Europäische Sicherheitspolitik nach Lissabon

26. bis 28. Februar 2010

Zusammenfassungen von Vorträgen

in thematischer Reihenfolge

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

Kollektive Außenpolitik?

Dr. Matthias Dembinski

Entgegen der Auffassung von Außenminister Westerwelle bildet Lissabon für absehbare Zeit den Abschluss - nicht den Ausgangspunkt - der institutionellen Entwicklung der EU. Zugleich bestätigt Lissabon den intergouvernementalen Charakter europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Bereich besteht die wichtigste Entwicklung im Ausbau und der engeren Verzahnung europäischer Bürokratien, die allerdings unter der Kontrolle der Staaten stehen. Diese Bürokratisierung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik akzentuiert einen spezifischen Politikstil, der sich als regelorientiert und wenig flexibel charakterisieren lässt. Aus friedenspolitischer Perspektive hat diese Entwicklung trotz der weiterhin bestehenden Defizite bei der kollektiven Handlungsfähigkeit positive Aspekte.

Deutsche Interessen und europäische Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert

Dr. Rolf Mützenich

Unabhängig davon, ob ein Staat heute angesichts des sich ständig ändernden internationalen Umfelds auswärtige Interessen überhaupt jenseits von Allgemeinplätzen dauerhaft bestimmen kann, mangelt es keineswegs an Papieren und Strategien, die Deutschlands außenpolitische Interessen zu definieren versuchen: Das Weißbuch von 2006, die europäische Sicherheitsstrategie und die europäische Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von 2003 sind dabei die wichtigsten Grundlagendokumente, in denen die deutschen und europäischen Interessen ausführlich behandelt werden.

Was sind nun deutsche Interessen? Als rohstoffarmer Handelsstaat ist Deutschland auf eine internationale Ordnung, Verträge und internationale Organisationen angewiesen, die die globalen Rahmenbedingungen berechenbar machen und die Einhaltung der Regeln garantieren. Auch wenn die „Berliner Republik“ mit veränderten und gewachsenen Erwartungen ihrer Partner konfrontiert wurde, hat sich an den Grundkonstanten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in einem dicht gesponnenen Netz institutioneller Bindungen auf den ersten Blick wenig geändert. Das Hauptmerkmal ist nach wie vor ein ausgeprägter Multilateralismus und die Abneigung gegenüber Sonderwegen und Alleingängen. Immer gemeinsam mit Partnern, niemals alleine, lautet nach wie vor die Devise deutscher Außenpolitik. Man kann von einer „Never alone-Doktrin“ sprechen. Aus diesem Grunde ist deutsche Außenpolitik in hohem Maße auch Institutionen-Politik.

Multilateralismus schließt dabei nationale Interessenpolitik nicht aus, sondern ist geradezu Voraussetzung für eine solche. Die Abgabe von Souveränität und die Selbsteinbindung in die transatlantischen und europäischen Strukturen war somit nicht nur ein innovativer Ansatz, sondern folgte auch einem klaren Kalkül: Denn die uneingeschränkte deutsche Integrationsbereitschaft war ein Hebel, um im Rahmen dieser integrativen Strukturen wieder Einfluss und Mitsprache zu erlangen. Trotz des Stöhnens über die hohen deutschen Nettozahlungen dient die EU auch als Instrument deutscher Wirtschaftsinteressen. Bereits in der Vergangenheit verfolgte die deutsche Außenpolitik selbstverständlich nationale Interessen, auch wenn diese als europäische deklariert wurden. Deutsche Interessen und europäische Interessen sind im Großen und Ganzen deckungsgleich. Und dies unabhängig davon, dass in einzelnen Politikbereichen wie der Finanz-, Wirtschafts-, Agrar- und Arbeitsmarktpolitik auch auf europäischer Ebene mit harten Bandagen gekämpft wird. Ohne die weitere Integration der Europäischen Union wird Deutschland kaum eines seiner außenpolitischen Ziele erfolgreich umsetzen können. Dass die Weltmacht USA trotz vieler transatlantischer Gemeinsamkeiten naturgemäß andere bzw. weitergehende Interessen verfolgt als die europäischen Demokratien, hat die Regierung von George W. Bush während ihrer Amtszeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Es gibt jedoch auch einen Preis, der zu zahlen ist. Multilateralismus ist verbunden mit einem Verlust an Autonomie und mit Verpflichtungen und Kosten. Bei der Umwandlung der Bundeswehr zur Interventionsarmee geht es deshalb weniger um die Rückkehr der deutschen „Militärmacht“ und eine dahinter stehende offene Strategie oder gar einen Masterplan. Deutschland agiert diesbezüglich weniger, sondern reagiert vielmehr auf die Anforderungen der Verbündeten. Die oft beklagte „Militarisierung“ der deutschen Außenpolitik ist deshalb auch Konsequenz des Multilateralismus, der Einbindung in NATO, UNO und EU. Im Gegensatz zur Weltmacht USA hat Deutschland hier nicht – oder nur zu einem hohen Preis – die Möglichkeit von Alleingängen oder gar einer opting-out-Klausel.

Zivil-Militärische EU Koordination im internationalen Krisenmanagement

Brigadegeneral Armin Staigis

Die EU zu 27 ist mittlerweile ein erfolgreicher globaler wirtschaftlicher Akteur. Ist aber Europa mit dem verfügbaren zivilen und militärischen Krisenmanagement - Instrumentarium auch für die Herausforderungen unserer Zeit gerüstet?

Nach einer Analyse der Herausforderungen mit denen sich die EU außen- und sicherheitspolitisch konfrontiert sieht, werden ausgehend von der Europäischen Sicherheitsstrategie, die etablierten ESVP Strukturen, die Impulse aus dem Vertrag von Lissabon für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sowie das Spektrum der aktuellen Missionen und Operationen in Hinblick auf zivil militärische Kooperation analysiert; der Vorbildcharakter bei der Bewältigung von Krisen in Verwirklichung des Ansatzes vernetzter Sicherheit herausgearbeitet und abschließend das Entwicklungspotenzial skizziert.

Fazit: Im Zeitalter der Globalisierung trägt Europa große internationale Verantwortung. Wir „exportieren“ Stabilität, um nicht selbst Instabilität zu „importieren“. Kein anderer politischer Akteur verfügt über ein derart breites Spektrum an Instrumenten, etwa auch im Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Justizbereich. Aber die EU muss die Kohärenz und Effizienz ihrer Aktionen auch künftig weiter verbessern und einzelne zivile und militärische Kapazitäten stärken, gerade in der Konfliktprävention und im Krisenmanagement.

In der Europäischen Union potenzieren sich die Probleme rund um einen steigenden Energie- und damit auch Ressourcenverbrauch im Vergleich zu manch nationalstaatlicher Debatte noch zusätzlich, weil hier 27 verschiedene Systeme, mit dem Problem umzugehen, zusammenstoßen. Unterschiedliche Vorstellungen von einem Energiemix, unterschiedliche Entwicklungsgrade des heimischen Energiemarktes, unterschiedliche politische und geographische Abhängigkeiten – all dies kommt zusammen und dennoch stellen sich dieselben Fragen wie etwa die nach Erreichung der Klimaschutzziele.

Der Input geht auf diese Unterschiede ein, zeigt aber das verbindende europäische auf. Nicht nur der neue Lissabon-Vertrag verspricht Verbesserung im Umgang mit der Ressourcenfrage auch die Vielfalt der 27 Mitgliedsländer birgt mehr Möglichkeiten als bisher wahrgenommen werden. Würde die EU sich mehr auf eigene Potenziale beziehen, wäre die Gefahr einer willenlosen, außenpolitischen Energieabhängigkeit weit weniger dramatisch als gern dargestellt. Und hier kommt die Sicherheitspolitik ins Spiel. Welchen Anteil spielen militärpolitische Überlegungen einer Ressourcenabsicherung in der Ausrichtung einer neuen zukünftigen europäischen Ressourcenpolitik? Wieviel politisches Kalkül und wie viel energiepolitische Notwendigkeit steckt hinter den Strategiedebatten in der EU? Welle Rolle will die Zivilmacht Europa zukünftig einnehmen?

Kontinuierlicher Wandel amerikanischer NATO-Politik: Anforderungen an Europa

Dr. Josef Braml

Voraussagen, wonach mit dem Untergang der Sowjetunion auch die transatlantische Allianz ihre Mission erfüllt hätte, waren verfrüht. Die NATO hat das Ende des Kalten Krieges überlebt. Gleichwohl muss sich die „großartigste Allianz, die je gebildet wurde, um unsere gemeinsame Sicherheit zu verteidigen“ – wie US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama die NATO an der Siegestsäule in Berlin pries – an die neuen geopolitischen Rahmenbedingungen und die strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen. Personelle und inhaltliche Ausrichtung der neuen US-Regierung unter Obama lassen jedoch keinen Kurswechsel, sondern vielmehr Kontinuität in der amerikanischen NATO-Politik erwarten. Mit dem Instrument einer „globalisierten NATO“ wollen die USA ihren Werten und Interessen weltweit Geltung verschaffen. Neben den transatlantischen Verbündeten werden künftig auch Demokratien in Asien stärker in die Pflicht genommen, ihren finanziellen und militärischen Beitrag für eine liberale Weltordnung zu leisten.

Wo liegen Konfliktlinien und Handlungsbedarfe ...

Dr. Bastian Giegerich

Sicherheitspolitik im EU Rahmen findet nach wie vor in einem fast strategiefreien Raum statt und tritt somit oft reaktiv und nicht gestaltend in Erscheinung. Jenseits von in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 formulierten Bekenntnissen zu einem effektiven Multilateralismus und dem Anspruch auch in sicherheitspolitischen Fragen als globaler Akteur auftreten zu wollen, fehlt es in der EU an einer eindeutigen Definition der Beziehungen und Abwägungen zwischen europäischen Interessen, Werten, und vorhandenen Fähigkeiten diese zu verfolgen und durchzusetzen. Der voranschreitende Wandel des internationalen Systems und die entstehende multipolare Weltordnung werden einen relativen Einflussverlust Europas gegenüber anderen Akteuren mit sich bringen, dem nur mit kohärenten, gemeinsamen und klaren Positionen begegnet wer-

den kann. Nachdem mit dem Vertrag von Lissabon die innereuropäische Nabelschau nun in den Hintergrund treten dürfte, und wesentliche institutionelle Reformen und Neuerungen, gerade im Bereich der Sicherheitspolitik, nun umgesetzt werden, besteht sowohl der Bedarf als auch die Möglichkeit die längst überfällige Strategiedebatte zu initiieren.

... und was muss deutsche Politik leisten?

Roderich Kiesewetter

Deutsche Politik dient dann der Sicherheit unseres Landes, wenn sie langfristig angelegt, verlässlich und berechenbar ist. Deutschland sollte in Zukunft weiter auf eine ganzheitliche Ausrichtung der Sicherheitspolitik setzen. Diese Politik ist nur so glaubwürdig und durchsetzungsfähig, wie die schwächste Komponente.

Zugleich ist Deutschland Ansprechpartner und Unterstützer kleinerer Staaten. Europa darf kein Europa der großen Staaten sein. Es ist in unserer besonderer Verantwortung als bevölkerungsreichstes Land in der EU, Fähigkeiten der Partner zu koordinieren, ausgleichend und moderierend zu wirken.

Des weiteren gilt es, als „guter Nachbar“, für eine Vertiefung der Kooperationen auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichen Gebiet mit Russland zu wirken. Zugleich sollten wir die historisch gewachsene und bewährte transatlantischen Bindung festigen.

Auf dem Weg zur Verwirklichung des langfristigen Ziels Global Zero soll sich Deutschland für eine gesamteuropäische Abrüstungsperspektive für nukleare und konventionelle Waffen und die Schaffung von Anreizen für Abrüstung, nicht Misstrauen für neue Aufrüstung, engagieren.

Deutsche Sicherheitsinteressen sind mit unseren Partnern NATO, EU, OSZE und den VN umfassend abzustimmen.

Mit diesem Vorschlag machen wir vorrangige deutsche Interessen klar, pragmatisch und konstruktiv. Zugleich bewahren wir unsere bewährte „Kultur der Zurückhaltung“.

Thesen für Podiumsdiskussion in Loccum

Wolfgang Gehrcke

1. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik – mit diesem Anspruch beschreibt die christlich-liberale Regierungskoalition ihre Grundlinie in der Außenpolitik. In der Außenpolitik soll Kontinuität herrschen, darauf legt Außenminister Westerwelle großen Wert. Damit unterscheidet er sich wenig von seinem grünen Vorgänger Josef Fischer und dem Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier. Auch die legten Wert auf Kontinuität in der Außenpolitik und landeten regelmäßig bei Hans-Dietrich Genscher. Insofern fällt es Westerwelle nicht schwer, die Außenpolitik für die FDP zu reklamieren. Nur: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffen Welten. Die deutsche Beteiligung am Jugoslawienkrieg war völkerrechtswidrig. Völkerrechtswidrig, so das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, war auch die indirekte Unterstützung des Irak-Krieges und völkerrechtlich ist mehr und mehr der Afghankrieg umstritten. Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden. das ist mein Credo, das ich dem Anspruch der Bundesregierung entgegensetze.
2. Krieg wieder zum Mittel der Politik gemacht zu haben, das ist das zweifelhafte Verdienst der rot-grünen Bundesregierung. Von Rot-Grün noch als Ultima Ratio bemäntelt, sind deutsche Militäreinsätze out of area mittlerweile zur Regel geworden. Die Bundeswehr wird inzwischen als ein Instrument der Außenpolitik verstan-

- den. Da halte ich es lieber mit Willy Brandt, für den Krieg nicht die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio gewesen ist.
3. Im Koalitionsvertrag der Schwarz-Gelben wird die deutsche Außenpolitik als wer-tegebunden und interessenorientiert beschrieben. Nur: eine klare Beschreibung der Werte und der deutschen Interessen bleibt die Bundesregierung schuldig. Es langt in diesem Zusammenhang nur zur Feststellung, dass es um „westliche Werte“ ge-he. Was aber diese westlichen Werte sind, bleibt im Nebel verborgen.
 4. Über welche Interessen lohnt es sich tatsächlich nachzudenken? Unter Umständen kann man das dann ja als „deutsche“ Interessen beschreiben, man kann es aber auch als universelle Interessen verstehen. Auf Dauer wird die Welt die tiefen Klüfte zwischen Arm und Reich nicht aushalten. Die Klimakatastrophe ist kein Hirnge-spinst von Science Fiction-Filmen, wir sind mittendrin. Der Kampf um den Zugriff auf Rohstoffe wird immer erbitterter. Vieles muss heute weltweit geschützt wer-den; Menschheitswissen, überhaupt Wissen muss öffentlich sein und darf nicht pri-vatisiert werden. Nicht weiter privatisiert werden darf Wasser, saubere Luft, Ge-sundheitsvorsorge und –fürsorge, Bildung und vielfältige Kultur. Im deutschen Inte-resse läge es, die Vereinten Nationen als universelle Vereinigung zu stärken und für den Interessenausgleich in der Welt zu wirken. Wer auf die NATO setzt und nicht auf die UNO, handelt gegen die eigenen Interessen.
 5. Ich brauche, um meine Politik darzustellen, nicht den Zusatz „deutsche“ vor dem Begriff Interessen. Interessenspolitik birgt alle Widersprüche in sich. In der Vergan-genheit sind Interessensgegensätze mit Macht ausgetragen worden. Die Geschich-te der Welt ist auch eine Geschichte der Kriege, eine Geschichte von Gewalt und Unterdrückung. Interessenwidersprüche heute müssen ausgeglichen und ausbalan-ciert werden. Dazu kann Deutschland einen Beitrag leisten und deshalb bedarf es einer anderen Philosophie deutscher Außenpolitik.
 6. Die Philosophie linke, sozialistischer Außenpolitik lautet unter anderem: Deutsche Außenpolitik muss Friedenspolitik werden, in dem sie auf das Völkerrecht, auf glo-bale Gerechtigkeit, Abrüstung und Demokratisierung baut.

Schaf im Wolfspelz?

Europäische Sicherheitspolitik nach Lissabon

26. bis 28. Februar 2010

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

VDW VEREINIGUNG DEUTSCHER
WISSENSCHAFTLER E.V.

Kurz-Biografien der ReferentInnen

in alphabetischer Reihenfolge

VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Philipp Agathonos

geboren 1965, ist Erster Sekretär der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU und dort für die Beziehungen zum Europäischen Parlament zuständig. Von Januar 2004 bis Dezember 2008 war er Delegierter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU. Sein Spezialgebiet ist ziviles Krisenmanagement und Konfliktverhütung und er schreibt und referiert weiterhin zu diesen Themen. Sein neuester Aufsatz „ESVP-Operationen – Sieben Jahre alt und schon weltweit present“ erscheint demnächst in *Strategie und Sicherheit 2010- Das strategische Profil der Europäischen Union* (Herausgeber Johann Pucher und Johann Frank, Böhlau Verlag, Wien).

Dr. Josef Braml

geboren 1968, ist seit Oktober 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und leitet die Redaktion des „Jahrbuch Internationale Politik“. Zuvor war er Mitarbeiter der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, Projektleiter beim Aspen Institute Berlin, Visiting Scholar am German-American Center, Consultant der Weltbank, Gastwissenschaftler an der Brookings Institution, Congressional Fellow der American Political Science Association (APSA) sowie legislativer Berater im US-Abgeordnetenhaus. Josef Braml veröffentlichte zahlreiche Monographien, Aufsätze in Sammelbänden und Fachzeitschriften sowie publizistische Beiträge: <<http://www.dgap.org/fi/mitarbeiter/braml.html>>.

Elmar Brok, MdEP/CDU

Geboren 1946 in Verl (Kreis Gütersloh); ist seit den Europawahlen 2009 außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Mitglied des EVP-Fraktionsvorstandes sowie Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation zum US-Kongress und des Transatlantic Legislators' Dialogue.

Seit 1980 ist Brok Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten und stellvertretendes Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestages. Von 1999 bis 2007 war er Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Brok war als Vertreter des Europäischen Parlaments beteiligt an den Regierungskonferenzen über die Überprüfung des Vertrags von Maastricht (1994/1995), zum Vertrag von Amsterdam (1996/1997), zum Vertrag von Nizza (2000), dem EU-Verfassungsvertrag (2003/2004) sowie zum Vertrag von Lissabon (2007). 2001 - 2002 war Brok Vorsitzender der EVP-Gruppe im Konvent für die Verfassung der Europäischen Union.

Er hat Rechtswissenschaften und politische Wissenschaften, u. a. am "Centre of European Governmental Studies" der Universität Edinburgh studiert. Er war Rundfunk- und Zeitungsjournalist und Senior Vice President Media Development der Bertelsmann AG.

Dr. Matthias Dembinski

geboren 1958, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung vorrangig über regionale Sicherheitsinstitutionen wie die Europäische Union und ihren Beitrag zum Frieden. Zuvor beschäftigte er sich u.a. als Gastforscher am Center for Science and International Affairs (Cambridge) und an der Stiftung Wissenschaft und Politik mit Fragen nuklearer Nichtweiterverbreitung und Rüstungskontrolle. Er ist seit Januar 2010 Mitglied des Vorstandes der HSKF.

Dr. Hans-Georg Ehrhart

geboren 1955 in Bonn, studierte Politische Wissenschaften, Soziologie und Philosophie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und promovierte 1986 über das Thema "Die deutsche Frage aus französischer Sicht" zum Dr. phil. Er war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Volkswagen-Stiftung, absolvierte Forschungsaufenthalte an der Fondation pour les Etudes de Défense nationale, Paris (1988) sowie am Centre for International Relation der Queen's University (1993) und war Senior Visiting Fellow am Institute for Security Studies der EU in Paris (2001). Von 1987 bis 1989 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 1989 ist Hans-Georg Ehrhart wissenschaftlicher Referent am IFSH.

Birte Gäth

ist Beraterin für zivile Konfliktbearbeitung bei Brot für die Welt. Thematischer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist – auch aufgrund der Bedarfsanzeige bei den Partnern – der Zusammenhang zwischen Konflikt und Rohstoffen. Frau Gäth ist Diplom-Politologin und war zuvor im Europäischen Parlament in Brüssel und im Bundestag in Berlin als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei verschiedenen Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen tätig.

Wolfgang Gehrcke, MdB/Die Linke

Jahrgang 1943, erlernter Beruf Verwaltungsangestellter; Mitglied des Bundestages von 1998 bis 2002 und seit September 2005, Arbeitsschwerpunkt Außenpolitik, besondere Interessen Nahost, Lateinamerika; Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE, außenpolitischer Sprecher der Partei und der Fraktion.

Dr. Bastian Giegerich

arbeitet seit 2005 als Research Fellow for European Security am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Dr Giegerich promovierte an der London School of Economics & Political Science (LSE), wo er außerdem seit 2006 als Gastdozent im Fachbereich Internationale Beziehungen unterrichtet. Er ist Autor der Bücher *European Military Crisis Management: Connecting Ambition and Reality* (Routledge: Abingdon, 2008), *European Military Capabilities: Building Armed Forces for Modern Operations* (IISS: London, 2008, mit Alexander Nicoll) und *European Security and Strategic Culture: National Responses to the EU's Security and Defence Policy* (Nomos: Baden-Baden, 2006).

Katja Keul, MdB/Bündnis 90/Grüne

geboren 1969, ist seit Herbst 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Sie ist Mitglied im Verteidigungsausschuss. Zuvor war sie selbständige Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei in Marklohe. Frau Keul hat in Heidelberg studiert. In ihrer Jugendzeit hat sie in Algerien, der Schweiz und den USA gelebt.

Roderich Kiesewetter, MdB/CDU

geboren 1963, Oberst a.D., MdB seit 10/2009, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Obmann der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle, weitere Arbeitsschwerpunkte: Sicherheitspolitik, Energiesicherheitspolitik, NATO, Afghanistan. Mitglied im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten, Arbeitsschwerpunkte: Berichtserstatter für Energiepolitik, GASP und ESVP, Balkan. Delegationsleiter in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (EM PV). Stellvertreter des Präsidenten des Verbands der Reservisten der Bundeswehr e.V. In letzter Verwendung bei der Bundeswehr Büroleiter beim Chef des Stabes SHAPE, NATO HQ Mons, Belgien.

Karl Kopp

Karl Kopp ist Sozialwissenschaftler und Europareferent im Frankfurter Zentralbüro von Pro Asyl e.V. Bei Pro Asyl ist er verantwortlich für die Pressearbeit im europäischen Kontext sowie für die europaweite Vernetzung von PRO ASYL mit Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Er gehört dem Vorstand des Europäischen Flüchtlingsrates ECRE (European Council on Refugees and Exiles) an.

Dr. Sebastian Mayer

ist seit April 2004 Wiss. Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 597 Staatlichkeit im Wandel an der Universität Bremen. Vor seiner Promotion an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität in Berlin. Er hat Politikwissenschaft, Germanistik und Internationale Beziehungen in Kassel und Muncie/USA studiert.

Dr. Rolf Mützenich, MdB/SPD

geboren 1959 in Köln. Abrüstungs- und nahostpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, seit November 2009 außenpolitischer Sprecher, Vorsitzender der Deutsch-Iranischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages.

Dr. Marcus Schaper

geboren 1973 in Hameln. Seit Juni 2009 Studienleiter für Internationale Politik und Geschichte an der Evangelischen Akademie Loccum. Er hat bei der Weltbank gearbeitet, war Programm Manager für transatlantischen Politikdialog beim Aspen Institute Berlin und hat an der University of Maryland, der George Washington University und zuletzt als Assistenzprofessor für vergleichende Politikwissenschaft am Reed College in Portland, Oregon, geforscht und gelehrt. Nach dem Abitur am Viktoria Luise Gymnasium in Hameln hat er eine Lehre als Radio- und Fernsehtechniker absolviert. Sein Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und öffentlichem Rechts hat ihn nach Potsdam und Maryland geführt. An der University of Maryland hat er in Government and Politics zu Umweltstandards für Exportkreditagenturen promoviert.

Brigadegeneral Armin Staigis

Zu den Aufgaben von Brigadegeneral Armin Staigis, Leiter des Arbeitsbereiches Militärpolitik an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel, gehören die militärpolitische Beratung des deutschen Botschafters im Politischen-Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union und die Wahrnehmung der Aufgaben als Vertreter des Deutschen Militärischen Vertreters im Militärausschuss der EU. Zu seinen Tätigkeitsschwerpunkten gehören derzeit die EU Operationen ALTHEA (BiH) und ATALANTA (Horn von Afrika), die Ausplanung der Ausbildungsmission für somalische Sicherheitskräfte in Uganda, EU-NATO Beziehungen, europäische Fähigkeitenentwicklung sowie die Weiterentwicklung des europäischen Krisenmanagementstrukturen und -instrumentariums nach dem Vertrag von Lissabon.

Bestellung des Loccumer Protokolls **07/10**

An die
Evangelische Akademie Loccum
Protokollversand
Postfach 21 58
D-31545 Rehburg-Loccum

FAX: 0 57 66 / 81-9 00

- Hiermit bestelle ich die Dokumentation der Tagung vom **26. bis 28. Februar 2010**

Schaf im Wolfspelz?

Diese Publikation wird als Taschenbuch in der Reihe Loccumer Protokolle erscheinen und die in der Tagung vorgetragene Referate, für die Tagung eingereichte Arbeitspapiere, Berichte aus den Arbeitsgruppen und – in Ausschnitten oder durch zusammenfassende Berichte – die Podiumsdiskussionen dokumentieren.

Der Preis ist abhängig vom Umfang und wird voraussichtlich zwischen **9 und 16 EURO** liegen. Die Veröffentlichung des Bandes kann etwa **neun Monate** dauern.

Bitte senden Sie das Loccumer Protokoll unmittelbar nach Erscheinen (mit Rechnung) an die folgende **Postanschrift**: **Bitte deutlich schreiben!**

Name _____

Institution _____

Strasse _____

Postfach _____

PLZ / Ort _____

- Meine Anschrift könnte sich demnächst ändern.** Wenn das von mir bestellte Loccumer Protokoll erschienen ist, nehmen Sie bitte noch einmal mit mir Kontakt auf.

Email _____

Telefon _____

Ort und Datum

Unterschrift

**Die Bestellung an die Akademie faxen (05766/81-900) oder per Mail:
Karin.Hahn@evlka.de**